

Anlage 1

Rede des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR,
Genossen A. A. Gromyko, auf der Tagung des Komitees der Außen-
minister der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages am
24. April 1978 in Sofia

Liebe Genossen!

Gestatten Sie mir, vor allem unseren bulgarischen Freunden für ihre Herzlichkeit und Gastfreundschaft, für die guten Arbeitsbedingungen, die sie hier in Sofia geschaffen haben, zu danken.

Auf der jetzigen zweiten Tagung des Komitees der Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Organisation des Warschauer Vertrages werden wir, so wie es vorher vereinbart wurde, Fragen erörtern, die im Zusammenhang mit der bevorstehenden UN-Sonder-tagung zu Fragen der Abrüstung stehen und ebenso einen Meinungs-
austausch über einige Aspekte der europäischen Sicherheit führen. Unter Berücksichtigung dessen werde ich auch meine Ausführungen aufbauen.

An die verschiedenen Ereignisse des internationalen Lebens gehen die sozialistischen Bruderstaaten natürlich im Rahmen unseres gemeinsamen, auf Frieden, Entspannung, Abrüstung und Zusammenarbeit gerichteten Kurses, heran. Dieser Kurs wurde durch die Parteitage unserer Parteien erarbeitet, er wird durch ihre Zentralkomitees konsequent verwirklicht. Er wird auf den Tagungen des Politischen Beratenden Ausschusses, im Verlaufe bilateraler Treffen, vor allem auf höchster Ebene, koordiniert. Darin liegt das Unterpfand dafür, daß die Antwort, die die sozialistische Gemeinschaft auf die Probleme gibt, die durch die Welt- und europäische Politik gestellt werden, klar und würdig ist.

Als zentrale Aufgabe stellen die sozialistischen Bruderstaaten die Beendigung des Wettrüstens und die Abrüstung. Wir lassen nicht eine Möglichkeit, nicht ein internationales Forum an uns vorbeigehen, ohne so oder anders zu versuchen, die Lösung der Fragen der Abrüstung voranzubringen und die Aufmerksamkeit der Völker auf diese Fragen zu lenken. Um so aktiver muß unsere Rolle auf der Tagung der UN-Vollversammlung sein, die diesen Fragen speziell gewidmet ist. Es wäre unverständlich, würden die sozialistischen Länder, die Initiatoren und standhaftesten Verfechter der Sache der Abrüstung, anders handeln. Die gesamte Welt soll erneut sehen, daß sich die Flagge der Abrüstung fest in den Händen des Sozialismus befindet.

Natürlich hat die UN-Sondertagung ihre Grenzen. Die Resolutionen, die sie annimmt, werden, wie wir gut wissen, Empfehlungen sein und nicht mehr. Es werden beträchtliche Anstrengungen erforderlich sein, daß sie nicht nur zu guten Wünschen werden, deren es bereits genügend in den Analen der UNO gibt. Gerade deshalb dürfen wir eben nicht gestatten, daß die Bedeutung unseres Vorschlages über die Einberufung einer Weltabrüstungskonferenz herabgemindert wird, eines Forums, das effektive, verbindliche Beschlüsse annehmen könnte. Wir werden wie zuvor an dem Gedanken festhalten, daß ein positiver Ausgang der Sondertagung zu Fragen der Abrüstung die Einberufung einer Weltkonferenz beschleunigen soll.

Aber auch die Sondertagung selbst kann sich als nützlich für die Annäherung an jene Ziele auf dem Gebiet der Abrüstung erweisen, die sich die Bruderstaaten stellen, wenn es gelingt, den Gang ihrer Arbeiten in die richtige Bahn zu lenken.

Sie kann nützlich sein vom Standpunkt der Notwendigkeit her, einen Durchbruch im Kampf um die Einstellung des Wettrüstens herbeizuführen, einen Schlag zu führen gegen die Stimmung der Auswegslosigkeit und des Fatalismus, die von den Verteidigern des Wettrüstens selbst kultiviert wird. Sie kann den Glauben daran festigen, daß eine Veränderung der Lage in den Kräften der verantwortlichen

Regierungen und der Völker liegt, wenn sie sich dieser Sache annehmen, sozusagen die Ärmel hochkrepeln.

Sie kann auch deshalb nützlich sein, weil sie den Völkern deutlich zeigen kann, wer wirklich um die Abrüstung ringt und wer für die Beschleunigung der militärischen Fließbänder eintritt, anders gesagt, für das Wettrüsten. Gleichzeitig könnte die Tagung erneut unterstreichen, daß niemand das Recht hat, abseits zu bleiben, wenn es im Endeffekt um das Schicksal des Weltfriedens geht.

Sie kann schließlich auch deshalb nützlich sein, weil die Sondertagung ihren Beitrag zur Mobilisierung der Anstrengungen der Staaten auf die vorrangigen Richtungen der Lösung des Problems der Abrüstung leisten und sich für die bereits in Gang befindlichen Verhandlungen aussprechen kann. Mit einem Wort gesagt, der Erfolg der Tagung - und wir alle werden diesen natürlich fördern - hätte keine geringe moralisch-politische Bedeutung, und möglicherweise sogar mehr als das.

Sie wissen, Genossen, daß unsere Länder eben in diesem Geist die Vorbereitung auf die Sondertagung führen, unter anderem auch im entsprechenden UN-Komitee. Hier haben wir konkrete Vorschläge hinsichtlich dessen eingebracht, wie wir das abschließende Dokument uns vorstellen. Und wir glauben, daß wir von der Tribüne der Vollversammlung mit lauter Stimme unsere Position zu dem Problem der Abrüstung darlegen und die Aufmerksamkeit der Tagung auf die Initiativen, die von der Welt des Sozialismus ausgehen, konzentrieren müssen und das Arsenal der von den Bruderländern diesbezüglich eingebrachten Vorschlägen ist imponierend. Gute Vorschläge kann man auch wiederholen.

Worauf sollten wir das Hauptaugenmerk richten? Vor allem offensichtlich auf die Notwendigkeit der Annahme praktischer, realer Maßnahmen, die geeignet sind, die materielle Kriegsvorbereitung zu stoppen. Darin besteht die Hauptaufgabe. Eine außerordentlich wichtige Bedeutung hat unter diesem Gesichtspunkt der Vorschlag über die Einstellung der Produktion von Kernwaffen und der schrittweisen Reduzierung ihrer Bestände bis zu ihrer vollständigen Beseitigung, der von

Genossen L. I. Breshnew in den Tagen der Feiern des 60. Jahrestages des Großen Oktober entwickelt wurde. Das ist ein weitgehender Vorschlag. Seine Realisierung würde die internationale Lage auf radikale Weise gesunden. Wäre es etwa nicht berechtigt zu fordern, daß die Teilnehmer der UN-Sondertagung vor der Weltöffentlichkeit ihre Haltung zu diesem Vorschlag darlegten? Noch besser wäre es, wenn die Tagung einen Beschluß annehmen würde und, ohne die Verhandlungen zur nuklearen Abrüstung herauszuschieben, die Art und Weise ihrer Vorbereitung und das konkrete Datum ihres Beginns festlegen würde. An solchen Verhandlungen müssen alle Kernwaffenmächte teilnehmen. Die Weigerung irgend eines dieser Staaten würde eine schwere Verantwortung auf seine Politik legen.

Natürlich muß die Erarbeitung und Verwirklichung von Maßnahmen auf dem Gebiet der nuklearen Abrüstung parallel und in untrennbarem Zusammenhang mit der Festigung der politischen und völkerrechtlichen Garantien der Sicherheit der Staaten erfolgen. Eine wichtige Rolle räumen die Bruderstaaten dabei bekanntlich dem Vorschlag ein, einen Weltvertrag über den Gewaltverzicht in den internationalen Beziehungen abzuschließen, der von der Mehrheit der Mitglieder der Vereinten Nationen unterstützt wird. Offensichtlich dürfen die Anstrengungen für den baldigen Abschluß eines solchen Vertrages nicht nachlassen.

Wir sind der Auffassung, daß es unsere gemeinsame Sorge ist, auf der Tagung eine Stärkung des Regimes der Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen zu erreichen. Der Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen muß wirklich universell werden. Kann man es etwa für normal halten, daß fast 50 Mitgliedsstaaten der UNO sich diesem Vertrag nicht angeschlossen haben? Natürlich nicht.

In den letzten Jahren nimmt die internationale Zusammenarbeit zur friedlichen Nutzung der Kernenergie einen immer größeren Maßstab an. Das kann man nur begrüßen.

Aber klar ist auch etwas anderes: man darf nicht zulassen, daß die Entwicklung der Kernenergie für friedliche Zwecke zu einem Kanal der Verbreitung von Kernwaffen wird. Die Sondertagung kann an diesem Problem nicht vorbeigehen.

Nach unserer Auffassung muß die Sondertagung ihr gewichtiges Wort auch zu einer solch wichtigen Frage wie dem Verbot der Schaffung neuer Arten und Systeme von Massenvernichtungswaffen sprechen. Die Bruderländer kämpfen schon seit langem gemeinsam dafür, eine Lösung dieses Problem zu erreichen. Leider geht das nur im Schnecken-tempo voran und die Schuld daran tragen die Westmächte. Bis jetzt zeigen sie keinen Wunsch, eine Vereinbarung zu suchen.

Die Notwendigkeit einer Vereinbarung in dieser Frage stellt sich durch den wissenschaftlich-technischen Fortschritt auf militärischem Gebiet immer schärfer. Natürlich bedarf es beträchtlicher Anstrengungen, um die Teilnehmer der Tagung von der Notwendigkeit zu überzeugen, die Erreichung einer Vereinbarung über das Verbot der Entwicklung neuer Arten und neuer Systeme von Massenvernichtungswaffen zu fördern. Aber die Sache ist es wert. Wir müssen so vorgehen, daß auf der Tagung ein gesondertes Gespräch über die Neutronenwaffe geführt wird. Der Beschluß der USA, die Produktion der Neutronenwaffe etwas hinauszuschieben, kann einige Menschen in der kapitalistischen Welt in die Verirrung führen und die Welle der berechtigten Entrüstung, die die breitesten Massen der europäischen und Weltöffentlichkeit erfaßt hat, in gewisser Hinsicht beeinträchtigen. Bereits jetzt ist sichtbar, daß die USA versuchen, aus diesem Aufschub eine Art Handelsgegenstand zu machen, unter anderem auch in bereits stattfindenden Verhandlungen. Aber das ist nicht der Weg, der zur Lösung dieses Problems führt.

Das heißt, es wird auch in Zukunft erforderlich sein, den Druck auf allen Linien, der diplomatischen, propagandistischen, gesellschaftlichen, zu erhöhen, um die Frage des Verbots der Produktion und der Verbreitung dieser barbarischen Massenvernichtungswaffe endgültig und unumkehrbar zu lösen. In diesem Zusammenhang werden

wir natürlich die Aufmerksamkeit der Teilnehmer der Tagung auf das Dokument lenken, das die sozialistischen Länder im Genfer Abrüstungsausschuß eingebracht haben, den Konventionentwurf über das Verbot der Neutronenwaffe.

Wir stellen uns vor, daß die Sondertagung dafür genutzt werden könnte, um jenen Verhandlungen einen Impuls zu verleihen, die bereits begonnen wurden, darunter einige von ihnen bereits vor recht langer Zeit, und die sich durch Resultate bisher nicht hervor tun. Wir haben die Absicht, anhand von Fakten zu zeigen, daß die Sowjetunion keinerlei Anstrengungen scheut, die auf den erfolgreichen Abschluß dieser Verhandlungen gerichtet sind.

An erster Stelle stehen hier die sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen über die Begrenzung der strategischen Offensivwaffen.

Je näher wir an die Tagung herankommen, um so sichtbarer wird, wie sich unsere Verhandlungspartner, die Amerikaner, aufführen. Liegt doch die Verzögerung, wie Sie, Genossen, gut wissen, bei den Amerikanern. Die Position der sowjetischen Führung ist unverändert und völlig klar: wir werden alles dafür tun, daß die Vereinbarung zu einer Realität wird. Aber natürlich kann sie nur wirklich gleichberechtigt sein und darf nicht um ein Jota die Interessen der Sicherheit der UdSSR und unserer Verbündeten beeinträchtigen.

Unlängst hat in Moskau ein Treffen mit dem Staatssekretär der USA, Vance, stattgefunden, dessen Hauptfrage eben in diesen Verhandlungen bestand. Für endgültige Schlußfolgerungen ist es noch zu früh. Es gibt noch Fragen, die offen bleiben. Das sind Fragen, die künstlich von Gegnern der Vereinbarung erfunden werden, und diese gibt es in den USA.

Die Tagung kann sich für den baldmöglichen Abschluß der Verhandlungen zwischen der UdSSR, den USA und Großbritannien über das vollständige und allgemeine Verbot der Kernwaffenversuche aussprechen. Wie bekannt ist, ist die Sowjetunion in den letzten Monaten ihren Verhandlungspartnern in vielem entgegengekommen. Wir gaben das Einverständnis für die Durchführung von Inspektionen auf freiwilliger Grundlage, für ein Moratorium bei friedlichen Kernexplosionen, und ebenso dafür, daß der Vertrag auch dann in Kraft tritt, wenn an ihm anfänglich nicht alle fünf Kernwaffenmächte, sondern nur drei - die UdSSR, USA und Großbritannien - teilnehmen. Um die Dinge in kurzer Zeit bis zur völligen Übereinstimmung zu bringen, ist jedoch auch guter Wille von der anderen Seite erforderlich.

Unberechtigt lange zieht sich die Erarbeitung einer Vereinbarung über das Verbot der Entwicklung der Produktion und der Anhäufung chemischer Waffen sowie über die Vernichtung ihrer Bestände hin. Die westlichen Partner verweisen auf Schwierigkeiten mit der Kontrolle. Das Problem der Kontrolle jedoch - und das hat die Praxis bereits gezeigt - kann durchaus auf der Grundlage nationaler Kontrollmittel gelöst werden, noch dazu, wenn sie durch gut durchdachte internationale Verfahren ergänzt werden.

Es wäre nützlich, wenn die Sondertagung die Erarbeitung einer Vereinbarung über das Verbot einer weiteren gefährlichen Art von Massenvernichtungsmitteln, den radiologischen, unterstützen würde. Das um so mehr, als daß ein Konventionsentwurf, der die Produktion und die Anwendung einer solchen Waffe verbietet, bereits teilweise zwischen den Verhandlungspartnern in Genf abgestimmt ist.

Wir setzen in erster Linie und mit voller Berechtigung den Akzent auf Kern- und andere Massenvernichtungswaffen. Aber das beeinträchtigt in keiner Weise die Frage der Reduzierung von konventionellen Rüstungen und Streitkräften. Wenn man die Dinge bei ihrem Namen nennt, so sind die heutigen konventionellen Rüstungen ebenso Massenvernichtungswaffen. Zwangsläufig wird die Frage über die Reduzierung von konventionellen Rüstungen und Streitkräften auf der Sondertagung einen beachtlichen Platz einnehmen.

Wenn auf der Tagung die Verhandlungen über die Reduzierung von Streitkräften und Rüstungen in Mitteleuropa aufgeworfen werden, so werden die sozialistischen Staaten, wie wir denken, zeigen können, daß ihre Positionen in den Verhandlungen ehrlich und konstruktiv sind. Wir sind für eine gerechte Vereinbarung, die das Niveau der militärischen Konfrontation in diesem Gebiet wirklich herabsetzt, zugleich aber die Sicherheit keiner Seite beeinträchtigt.

Wie bekannt, haben die NATO-Staaten vor kurzem in Wien um einiges modifizierte Vorschläge eingebracht. Wir werden sie aufmerksam prüfen und uns danach natürlich mit unseren Freunden beraten. Aber auf den ersten Blick wird bereits sichtbar, daß, unabhängig von einigen kleinen Veränderungen in den Positionen der westlichen Länder, die Rechnung erneut auf einseitige Vorteile ausgerichtet ist.

Auf allen letzten Tagungen der Vollversammlung wurde so oder anders die Frage einer Friedenszone im Indischen Ozean berührt. Sicherlich wird sie auch auf der bevorstehenden Sondertagung erörtert werden. Unsere Position ist die, daß die Verhandlungen zwischen der UdSSR und den USA über die Begrenzung und nachfolgende Reduzierung der militärischen Aktivitäten im Indischen Ozean in aller nächster Zeit durchaus abgeschlossen werden können.

Ich möchte die Genossen darüber informieren, daß die Amerikaner jetzt begonnen haben, die Verhandlungen zu bremsen, indem sie sie mit anderen Fragen verbunden haben, die den Gegenstand der Verhandlungen nicht berühren. So mit der Lage im Süden Afrikas, am Horn Afrikas usw. Offensichtlich wird die Verknüpfung verschiedener, darunter sehr weit voneinander entfernter Fragen, eine bei ihnen immer beliebtere Methode.

Die Sondertagung ist eine geeignete Gelegenheit, um all jene Staaten, die das bisher noch nicht getan haben, aufzurufen, sich bereits in Kraft befindlichen Verträgen und Vereinbarungen anzuschließen, die auf die Begrenzung des Wettrüstens, auf die Abrüstung gerichtet sind.

Weder nationale Interessen noch die Berufung auf das Streben nach weitergehenden Maßnahmen auf dem Gebiet der Abrüstung oder das Fehlen der einen oder anderen Art von Waffen, die durch diese Vereinbarungen begrenzt oder verboten sind, bei dem einen oder anderen Staat, dürfen Hindernisse für die Zugehörigkeit zu internationalen Verträgen oder Vereinbarungen sein. Diese Zugehörigkeit ist faktisch moralische und politische Pflicht eines jeden Staates, wenn er wirklich für Frieden und für Abrüstung auftritt.

In den letzten Jahren wurde auf Initiative der sozialistischen Länder hin die Frage der Reduzierung der Militärbudgets der Staaten und in erster Linie der ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates auf die Tagesordnung der Vollversammlungen gestellt. Offensichtlich sollten wir auch auf der Sondertagung dafür eintreten, daß diese Frage endlich ihre Lösung findet. Sie kann vorwärts gebracht werden, wenn die Tagung ihr gewichtiges Wort spricht. Natürlich wissen wir alle, daß die Kräfte, die gegen die Reduzierung der Militärbudgets auftreten, sehr einflußreich sind. Das, Genossen, sind in allgemeinen Zügen unsere Vorstellungen hinsichtlich der bevorstehenden Sondertagung der Vollversammlung der Vereinten Nationen. Ich möchte nur noch zu einer Frage sprechen, zum internationalen Mechanismus der Abrüstungsverhandlungen. Hier muß unseres Erachtens ein großes Maß an Umsicht und Vorsicht an den Tag gelegt werden. Den bestehenden Mechanismus zu brechen - das ist einfach, aber spielt das nicht jenen in die Hände, die die Abrüstung nicht wollen? Es wird durchaus begründet sein, auf der Tagung zu erklären, daß wir keine Notwendigkeit im Verzicht auf bestehende Verhandlungskanäle oder in ihrer radikalen Umstrukturierung sehen. Eine andere Sache ist es, daß die heute existierenden Organe mit größerer Produktivität als bisher arbeiten müssen. Das müssen wir erreichen.

Die sozialistischen Bruderländer haben hinsichtlich der Sondertagung zu Fragen der Abrüstung feste Positionen zu allen Seiten dieser umfassenden Problematik. Wir glauben, wir können mit voller Berechtigung im abschließenden Kommuniqué unserer Tagung die feste Absicht der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages bekunden, zum Erfolg der UN-Sondertagung zu Fragen der Abrüstung beizutragen.

Jetzt kurz zu den europäischen Dingen. Die Entwicklung der Lage in Europa, darunter auch die letzten Ereignisse, bestätigen die Richtigkeit der Analyse, die auf der Tagung des PBA im November 1976 auf höchster Partei- und Staatsebene vorgenommen wurde. In vollem Maße bestätigt sich auch unsere abgestimmte Linie in bezug auf die europäische Politik, wie sie in der damals angenommenen Deklaration festgelegt wurde. Mit den gemeinsamen Anstrengungen unserer Bruderstaaten wurde nicht wenig für ihre Verwirklichung getan. Die aktive Politik unserer Länder, die sich auf die Macht der sozialistischen Gemeinschaft stützt, bedingt in entscheidendem Maße den Umstand, daß der europäische Kontinent sich im allgemeinen weiter auf dem Weg der Entspannung bewegt, wengleich auch Versuche unternommen werden, sie zu bremsen. Das hat, nebenbei gesagt, auch das unlängst abgeschlossene Belgrader Treffen gezeigt.

Die Wurzeln der Entspannung im politischen Leben Europas haben sich als fester erwiesen, als es bestimmte Leute wollten. Keine einzige westeuropäische Regierung kann es sich erlauben, gegen die Entspannung aufzutreten, sich zu weigern, die Vereinbarungen von Helsinki zu erfüllen. Ja auch auf praktischer Ebene, in erster Linie in der Sphäre der bilateralen Beziehungen mit den kapitalistischen Staaten Westeuropas, überwiegt trotz allem die Entspannung.

Man kann mit Überzeugung sagen, daß der in Kürze bevorstehende Besuch L. I. Breschnews in der BRD ihrer weiteren Entwicklung einen mächtigen Impuls verleiht.

Im Großen und im Kleinen bestätigt sich immer wieder: die Länder des Warschauer Vertrages sind die sicheren Garanten einer friedlichen Entwicklung in Europa. Diese unsere Rolle ist ehrenvoll, aber sie ist auch nicht einfach. Wir müssen unter komplizierteren Bedingungen handeln, als sagen wir vor einigen Jahren. Das Belgrader Treffen hat das ein weiteres Mal bestätigt. Die Gründe dafür sind uns allen gut bekannt. Hier gibt es Schwierigkeiten, die aus der Tätigkeit der neuen amerikanischen Administration, aus ihren Schwankungen und ihrer Inkonsequenz resultieren. Hier ist auch

der deutlich verstärkte Druck der konservativen Kreise auf die Haltung der westeuropäischen Regierungen zu vermerken. Hier widerspiegelt sich auch die nach wie vor instabile innenpolitische Lage einer Reihe westeuropäischer Staaten vor dem Hintergrund der sich verschärfenden ökonomischen und sozialen Krise. Es reicht aus zu sehen, was in Italien vor sich geht.

Das wichtigste aber, worin all dies zusammenfließt, ist die Anheizung des Wettrüstens durch den Westen. Es ist doch eine Tatsache, daß die Kriegsvorbereitungen der NATO nicht abgeschwächt, sondern im Gegenteil, verstärkt werden. Die Zahl der Soldaten und die Rüstungen in Westeuropa werden nicht verringert, sie wachsen.

Bei Sicherung ihrer Verteidigungsbereitschaft kämpfen die sozialistischen Länder gleichzeitig um die Verringerung der militärischen Konfrontation in Europa, für die militärische Entspannung auf dem Kontinent. Und das entspricht hundertprozentig den Erfordernissen der heutigen Situation in Europa. Unsere konkreten Maßnahmen auf dem Gebiet der Abrüstung in Europa ordnen sich im vollen Umfang in das breite Aktionsprogramm für die Reduzierung des Wettrüstens, für den Übergang zur Abrüstung ein. Von verschiedenen Seiten schlagen wir in die gleiche Kerbe. Wir werden das weiterhin tun.

Seinerzeit hat sich der Politische Beratende Ausschuß dafür ausgesprochen, zwischen den Teilnehmerstaaten der gesamteuropäischen Konferenz einen Vertrag abzuschließen, gegeneinander nicht als erste Kernwaffen anzuwenden sowie eine Vereinbarung darüber zu erreichen, bestehende geschlossene Gruppierungen und militärisch-politische Bündnisse nicht zu erweitern und keine neuen zu schaffen.

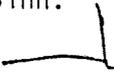
Später wurden diese Vorschläge in der bekannten Plattform zur Festigung der militärischen Entspannung in einigen Fragen ergänzt. Wir haben diese Plattform auch in Belgrad eingebracht. Und wenn gleich dort die USA und eine Gruppe von NATO-Staaten unsere Vorschläge blockierten, werden wir natürlich auch weiterhin für ihre

Verwirklichung kämpfen. Das ist eine wichtige Richtung unserer außenpolitischen Tätigkeit.

Wir glauben, daß die gegenwärtige Tagung des Außenminister-Komitees erneut die Notwendigkeit bekunden wird, diese Vorschläge, zusammen mit Vorschlägen anderer Staaten, die auf eine reale Verringerung der Gefahr eines Krieges in Europa ausgerichtet sind, auf praktischer Ebene zu erörtern.

Kurz etwas direkt zum Belgrader Treffen. Wir sind auf dem Belgrader Treffen auf den eindeutigen Versuch einiger westlicher Länder gestoßen, die Ergebnisse der gesamteuropäischen Konferenz sozusagen zu überspielen, wenigstens indirekt die Schlußakte zu schwächen sowie auf dem Treffen ein Dokument durchzubringen, das weder dem Geist noch dem Buchstaben der Schlußakte entspricht. Gleichzeitig waren die USA und noch einige andere bestrebt, dieses Forum dafür zu nutzen, sich unter dem Deckmantel der Demagogie, um die Frage der "Menschenrechte", in die inneren Angelegenheiten der Länder der sozialistischen Gemeinschaft einzumischen.

Wie Sie sich erinnern, haben wir die Möglichkeit einer solchen Entwicklung der Ereignisse auf der ersten Tagung des Komitees in Moskau berücksichtigt. Unsere Delegationen waren darauf vorbereitet, dem eine Abfuhr zu erteilen. Diese erwies sich als genügend effektiv. Man möchte denken, daß man sich im Westen davon überzeugt hat, daß es eine aussichtslose Sache ist, mit uns von der Position des Druckes, dem Vorbringen unbegründeter Ansprüche her, zu sprechen. Insgesamt ist es wohl begründet zu sagen, daß es niemanden gelang, die Schlußakte, dieses grundlegende, auf höchster politischer Ebene unterzeichnete Dokument, zu erschüttern. Und es ist sehr gut, daß die Schlußakte aus dem Belgrader Treffen gestärkt hervorging. Wenn man dem Belgrader Treffen schon eine Bewertung gibt, so sehen wir darin seinen hauptsächlich politischen Sinn.



Abschließend möchte ich erneut auf den eigentlichen Gegenstand unserer Erörterung zurückkommen, der Sondertagung zu Fragen der Abrüstung.

Die Erfahrung zeigt, je freundschaftlicher und geschlossener wir, die sozialistischen Bruderländer, handeln, desto effektiver werden die Resultate sowohl für jedes unserer Länder als auch für unsere gemeinsame Sache sein - die Sache des Friedens, der Entspannung, der Sicherheit und Zusammenarbeit, für die wir kämpfen.

In vollem Maße bezieht sich das auf unser Auftreten auf der Sondertagung. Wenn bis zu ihrem Beginn noch Fragen entstehen, die einen Meinungsaustausch zwischen den Bruderländern erfordern, so wird man sie natürlich noch zusätzlich beraten können. Und selbstverständlich werden wir uns im Verlaufe der Tagung miteinander beraten.

Ohne das wir das endgültige Ziel aus dem Auge lassen, die allgemeine und vollständige Abrüstung unter wirksamer internationaler Kontrolle, müssen wir den Hauptakzent offensichtlich, und das möchte ich noch einmal wiederholen, auf die Notwendigkeit praktischer Maßnahmen auf dem Gebiet der Abrüstung setzen. Ein solches Herangehen der sozialistischen Staaten ist sachlich und konstruktiv. Es wird auf der Tagung gut hörbar sein.

Die Hauptsache aber ist, daß das Leben selbst den Übergang von Worten zur Tat, von Deklaration zu realer Abrüstung, fordert. Und eben das ist es, was die Bruderparteien und -staaten in der internationalen Arena verteidigt haben und verteidigen.